

Heute im Doppelinterview: Julia Klöckner (CDU), Parlamentarische Staatssekretärin im Verbraucherschutzministerium

„Das Gastgewerbe steht für eine Renaissance der Tugenden“

Für Julia Klöckner (CDU), Parlamentarische Staatssekretärin im Verbraucherschutzministerium und Herausforderin von Ministerpräsident Kurt Beck im rheinland-pfälzischen Wahlkampf, war der Besuch im DEHOGA-Zentrum fast schon ein „Heimspiel“: Die Bad Kreuznacherin war Wochen zuvor schon bei der begeisterten Eröffnungsfeier des Zentrums am Brückes gewesen und kam jetzt auf Einladung von DEHOGA-Präsident Gereon Haumann gerne wieder, um Rede und Antwort zu stehen zu Anliegen des Gastgewerbes.

Die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für die Hotellerie war umstritten. Wie sind heute Ihre Beobachtungen?

Klöckner: Diese Bundesregierung hat die Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf den Weg gebracht. Rückblickend betrachtet, hätte man sie vielleicht besser in einer ganzheitlichen Umsatzsteuer-Reform eingebettet. Ich gebe auch zu, dass es mich gefreut hätte, wenn die Kunden etwas davon gespürt hätten. Aber die Senkung war richtig. Wir müssen jetzt schauen, dass die Investitionen auch in der Region bleiben. Dann haben wir etwas für die lokale und regionale Wirtschaft getan.

Haumann: Mich freut natürlich diese Kommentierung. Wir dürfen nicht vergessen, dass es der damalige SPD-Finanzminister Peer Steinbrück mit seinem Votum auf EU-Ebene gewesen ist, der die Wettbewerbsverzerrung innerhalb Europas Grenzen erst ermöglicht hatte. In 23 von 24 Staaten galten daraufhin die reduzierten Mehrwertsteuersätze für das Gastgewerbe – nur nicht in Deutschland. Unsere Branche ist gekennzeichnet von vielen kleinen Familienbetrieben, für die das Minus von 12 % eine enorme Entlastung bedeutet.

Frau Klöckner, Sie sprachen vom regionalen Konjunkturprogramm. Wie stehen Sie hier in Rheinland-Pfalz zum Regionalen Förderprogramm? Wird es eine Fortführung geben?

Klöckner: Der Erfolg des Förderprogramms in Rheinland-Pfalz muss zunächst ausgewertet werden. Solch eine Förderung steht immer unter dem Finanzierungsvorbehalt. In 20 Jahren wurden von der Landesregierung 23 Milliarden Euro neue Schulden angehäuft. Dies kann so nicht weitergehen. Besseres Wirtschaften ist gefragt, wenn wir den kommenden Generationen nicht nur Schulden überlassen wollen.

Ist es denkbar, die Tourismusförderung als Pflichtleistung in den Kommunen zu verankern?

Klöckner: Das halte ich für schwierig. Grundsätzlich bin ich gegen Zentralismus. Jede Kommune muss für sich entscheiden dürfen, ob und wie stark sie den Tourismus fördern möchte. Die Erfordernisse dafür sind ja auch regional unterschiedlich. Jede Gastgeber hat ja zudem die Möglichkeit, mit seinen

Abgeordneten zu sprechen und auf mögliche Notwendigkeiten hinzuweisen. Ich bin durchaus auch dafür, Ratssitzungen zum Beispiel in einem Gastronomiebetrieb abzuhalten, um den direkten Kontakt herzustellen. Zumal die Branche Impulse geben kann für eine Renaissance einiger Tugenden: für einen guten Umgang miteinander, für eine rege Kommunikation und für Freundlichkeit.

Haumann: Jeder Mensch kann sich aktiv in die Politik einmischen. Da gibt es Möglichkeiten genug. So kann sich ein Gastronom im Fremdenverkehrsverein engagieren oder fürs örtliche Parlament kandidieren. Mit zu entscheiden, ist heute mehr denn je notwendig. Und tourismus-affine Kommunen sollen sich freiwillig die Tourismusförderung als Pflichtaufgabe auferlegen können.

Ein großes Anliegen der Branche ist die Verlängerung der Öffnungszeiten. Die Außengastronomie ist ein Reizthema, oder?

Klößner: Das ist in der Tat ein Reizthema. Was die einen freut, regt die anderen furchtbar auf. Die DEHOGA ruft nach einer Bundesverordnung, die Kommunen würden am liebsten selbst entscheiden. Und es ist nicht wirklich klar, auf welcher Grundlage entschieden wird. Die TA-Lärm, die für die Außengastronomie gar nicht gilt, wird von einigen Ordnungsämtern trotzdem herangezogen. Wir müssen schauen, dass wir einen Weg gehen, der Rechtsfrieden schafft.

Haumann: Ich favorisiere hier die Lösung aus Nordrhein-Westfalen. Hier ist eine Umkehr der Beweislast vorgenommen worden. Es gelten Öffnungszeiten bis 24 Uhr, sofern keine berechtigten Interessen dagegen sprechen.

Frau Klößner, die Branche setzt sich für eine Verlängerung der Arbeitszeit für Jugendliche um eine Stunde ein. Wie stehen Sie dazu?

Klößner: Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP steht, dass wir Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abbauen wollen. Übrigens sehe ich die Tourismuswirtschaft als Jobmotor der Zukunft – mit guten Chancen gerade für junge Leute.

Haumann: Wir benötigen hier eine bundeseinheitliche Lösung. Zumal sich die Arbeitsbedingungen in unserer Branche – auch schon angefangen bei der Ausbildung - gegenüber vergangener Jahre erheblich verbessert haben.

Die letzte Frage, verehrte Frau Klößner, wendet sich an Sie als Parlamentarische Staatssekretärin im Verbraucherschutzministerium des Bundes. Wie bewerten Sie eine mögliche Einführung des Hygiene-Smileys?

Klößner: Hier macht nur eine bundeseinheitliche Lösung Sinn, bei der die Gastronomie mit an den Tisch muss. Die Bundesregierung ist bereit, mit den Ländern zusammen für eine bundesweit einheitliche Regelung zu sorgen, um die Transparenz der Lebensmittelüberwachung zu erhöhen. Es müssen aber noch offene Fragen wie die nach der Kontrolldichte und dem Personal zum Beispiel geklärt werden.

Haumann: Ich bin erfreut, dass man im Verbraucherschutzministerium auch eine bundeseinheitliche Lösung favorisiert. Ein solcher Smiley darf nicht nur eine Momentaufnahme widerspiegeln. Und er muss vor allem Flächen deckend eingesetzt werden, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Einige schwarze Schafe rücken eine ganze Branche in den Blickpunkt. Wir brauchen jedoch keine Angst vor

einer solchen eventuellen Maßnahme zu haben angesichts unserer eigenen Bemühungen um strenge Hygieneregeln.